



Zeitenwende nach der Eiszeit: Ein Handschlag zwischen AK-Präsident Erwin Zangerl (l.) und Tiwag-Vorstand Thomas Gasser besiegelte nach den Rechtsstreitigkeiten vor Gericht den Vergleich.

Foto: AK Tirol

Gemeinden fordern auch Tarif-Entlastung

IKB-KundInnen noch in Warteschleife, Tiwag will in zwei Etappen Preise senken. Gemeinden murren.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Stromkostenentlastung des Landesenergieversorgers Tiwag wurde bereits vor drei Wochen vereinbart und jetzt endgültig fixiert. Sie ist Ergebnis eines Vergleichs zwischen Arbeiterkammer und Tiwag, nachdem das Bezirksgericht Innsbruck aufgrund einer Klage der AK die Preiserhöhung 2022 für ungerechtfertigt eingestuft hat. Die Tiwag-Haushaltskunden erhalten deshalb ab März im Durchschnitt 285 Euro zurück, insgesamt stellt die Tiwag dafür 44 Mio. Euro bereit.

In weiterer Folge wird die Bereitschaft zur Senkung der Arbeitspreise für Strom ab 1. Juli und dann noch einmal ab 1. Jänner 2025 bekundet. Zuerst soll der Arbeitspreis auf 11,8 Cent netto pro Kilowattstunde gesenkt werden, sechs Monate später unter zehn Cent fallen. „Der gemeinsame Wille war erkennbar, dieses Thema aus der Welt zu schaffen. Jetzt blicken wir gemeinsam nach vorne“, betont Tiwag-Vertriebsvorstand Thomas Gasser. AK-Präsident Erwin Zangerl machte Freitag einmal mehr klar, dass als Nächstes die IKB-KundInnen zu entschädigen seien. „Au-

ßerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Strompreis bei Energie-Unternehmen generell transparenter gestaltet werden muss.“

Zwischen den IKB und der AK gab es Donnerstag eine erste Verhandlungsrunde, am Montag wird die AK ihr Paket für einen Vergleich schnüren. „Dann werden wir verhandeln“, erklärt Zangerl. Für die Strombezieher der IKB geht es um rund 20 Millionen Euro.

„Bereits zum 1. Juli geht der Tiwag-Strompreis weiter nach unten. Voraussichtlich zum Jahreswechsel können wir eine nächste, signifikante Preisentlastung erwarten.“

Thomas Gasser
(Vertriebsvorstand der Tiwag)

Die Tiwag als Eigentümerin von 50 Prozent minus einer Aktie der IKB bestimmt dort zwar ebenfalls den Strompreis, doch die Rückzahlungen werden als alleinige Angelegenheit der Kommunalbetriebe bezeichnet. Darüber herrscht seit Tagen ein heftiger Disput.

Als Minderheitsaktionär werde die Tiwag die Herbei-

führung einer raschen Lösung sehr begrüßen, hieß es gestern erneut vom Landesenergieversorger. Das will SPÖ-Stadträtin Elli Mayr so nicht hinnehmen. Erneut nimmt sie die Tiwag in die Pflicht. „Die Tiwag ist für den Preis verantwortlich. Wer anschauf, muss auch für die Fehler haften.“ Also zahlen.

Klein- und Mittelbetriebe sowie landwirtschaftliche Betriebe erwarten sich ebenfalls ein Entgegenkommen vom Landesenergieversorger. Hier sei eine ähnliche Entlastung wie für die Haushaltskunden in Vorbereitung, ergänzt Tiwag-Vorstand Gasser. Doch damit nicht genug. In den Gemeinden wird der Vergleich AK-Tiwag mit Argusaugen beobachtet.

Rund 200 Tiroler Kommunen haben nämlich Ende 2022 einen Vertrag mit der Tiwag abgeschlossen. Auf Druck der Politik wurde zwar im Frühjahr 2023 nachverhandelt, die Tiwag bot daraufhin vier Leistungspakete mit unterschiedlichen Laufzeiten an. Jedoch sind viele Bürgermeister unzufrieden, deshalb will Gemeindepräsident Karl-Josef Schubert in den nächsten Wochen eine zufriedenstellende Lösung für die Gemeinden erreichen.

Neuer Herr der Ringe gesucht

Das Sport- und Veranstaltungszentrum Olympiaworld ist auf Geschäftsführersuche. Eine heikle Causa, vor der Wahl.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Stars und Kasennagneten wie die Magier „Ehrlich Brothers“, Holiday on Ice oder Melissa Naschenweng geben sich in der Olympiaworld die Klinke in die Hand. Die Haie feiern in der Halle nebenan volle Tribünen ab, das Football-Zentrum ist noch frisch und am Iglar Eiskanal fahren mit 4. März die Bagger auf. Lediglich das Tivoli-Stadion hat schon lustigere Zeiten gesehen.

All diese Event-Locations und Sportstätten stehen unter dem Dach der „Olympia Sport- und Veranstaltungszentrum Innsbruck GmbH“ (OSVI). Eine Gesellschaft, deren Eigentümerstruktur leicht erklärt ist: 50 Prozent gehören dem Land, 50 Prozent der Stadtgemeinde. Rein betriebswirtschaftlich gesehen, ist die OSVI ein so genannter „strukturdefizitärer Betrieb“. Soll heißen: Gewinne werden dort keine erwirtschaftet. Das lässt der Sportstättenbetrieb einfach nicht zu. Land und Stadt müssen Jahr für Jahr im Sinne eines ausgeglichenen Budgets zuschießen. 2022 waren es laut Abschlussbericht knapp 2,4 Millionen Euro.

Vor wenigen Wochen wur-

de die Geschäftsführung der OSVI neu ausgeschrieben. Nicht übereilt, regulär. Der Vertrag von OSVI-Chef Matthias Schipflinger läuft Ende 2024 aus. Dennoch birgt der Zeitpunkt Brisanz. Denn einer der Gesellschafter – die Stadt – befindet sich mitten im Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlkampf.

Das heikle Momentum spricht Bürgermeister, Wahlkämpfer und OSVI-Eigentümervertreter Georg Willi (Grüne) auch klar an. Zusammen mit LHStv. und Sportreferent Georg Dornauer (SP)

„Natürlich habe ich mich wieder beworben. Das Gespräch mit dem Personalberater ist bereits erfolgt.“

Matthias Schipflinger
(OSVI-Geschäftsführer)

der Personalberatungsagentur vorgeschrieben habe. Die Bewerbungsfrist läuft noch bis 12. März. Ob er mit einem ähnlichen Andrang wie 2019 auf den Posten rechne? Willi glaubt nicht daran. Überraschungen kann aber auch er nicht ausschließen.

Wie so oft, wenn es um die Leitung von Gesellschaften im Eigentum von Stadt und Land geht, ist die politische Komponente nicht von der Hand zu weisen. Zuletzt hatte hier die Neue Heimat (NHT) das Klischee erfüllt.

„Wir brauchen eine saubere Ausschreibung. Alles andere können wir uns vor der Wahl auch nicht erlauben.“

Georg Willi
(OSVI-Eigentümervertreter)

hätte man Schipflingers Vertrag auch einfach verlängern können. Er, Willi, schätze Schipflingers bisherige Arbeit sehr. „Wir brauchen aber eine saubere Ausschreibung. Alles andere hätten wir uns vor der Wahl nicht erlauben können.“

Auf TT-Anfrage bestätigt Schipflinger, der diesen Posten 2019 übernommen hat, dass er sich wieder beworben

Schipflinger war 2019 keine Polit-Besetzung. Sein Vorgänger, der ehemalige Vize-BM Michael Bielowski (Für Innsbruck), sah sich indes sehr wohl mit diesem Vorwurf konfrontiert. Ein anderer Ex-Vize-BM, Christoph Kaufmann (FI), arbeitet als Prokurist bei der OSVI. Ob er sich bewirbt? TT-Anrufe blieben vorerst unbeantwortet.

OSVI-Fakten

Struktur: Die Olympiaworld steht je zur Hälfte im Eigentum von Stadt und Land.

Geschäftsgebarung: Laut verbüchertem Jahresabschluss betrug das Minus im Jahr 2022 knapp 2,4 Millionen Euro. Dieses wurde durch Gesellschafterzuschüsse ausgeglichen. Für 2023 – der Abschluss ist noch ausständig – soll der budgetierte Zuschussbedarf von 3,5 Mio. Euro um 30 Prozent unterschritten worden sein.



Das Sport- und Veranstaltungszentrum OSVI am Innsbrucker Südring mit der Olympiahalle samt der markanten „Ringe“.

Foto: Böhm

Gerichtssplitter

Vater und Sohn auf Diebestour

Letztes Jahr häuften sich im Oberland Diebstähle bei Firmen. Ein 60-Jähriger war erst für das Abzapfen von Diesel aus einem Lkw verurteilt worden. Im Oktober musste er sich mit seinem 17-jährigen Sohn wegen des Diebstahls von 20 leeren Propangasflaschen vor dem Bezirksgericht verantworten. Zuvor war das Duo noch anderweitig auf Diebestour gewesen.

Dies belegten Videoaufnahmen auf den Firmenarealen, wo das Auto des Vaters und der Sohn zu sehen waren. Um an Kupferkabel zu kommen,

schnitten Vater und Sohn bei sieben Baukränen die Steuerleitungen ab. Da schien es für Richterin Andrea Steffan kein Zufall mehr zu sein, dass der 60-Jährige schon tags darauf bei einem Eisenentorgungsbetrieb mit 200 kg Kupfer zum Verkauf angefahren kam. Standhaftes Leugnen half gestern am Landesgericht nicht. „Die Indizien sind wie viele kleine Pfeile – und alle zeigen auf Sie“, begründete Stef-fan 1920 Euro Geldstrafe für den Vater und zur Hälfte bedingte 400 Euro für den Sohn. (fell)

Kritik an Notschlafstelle hält an

Willi will „Housing first“ vorantreiben, Liste Fritz Wohnungsleerstand reaktivieren.

Innsbruck – Mit ihrem Vorhaben, in Innsbruck für 500.000 Euro noch heuer die erste nur Frauen zugängliche Notschlafstelle (30 Plätze) zu errichten, sieht sich Soziallandesrätin Eva Pawlata (SP) weiterhin mit massiver Kritik konfrontiert.

Wie berichtet, hält der „Sozialpolitische Arbeitskreis Tirol“ (SPAK) Pawlatas Vorhaben für kontraproduktiv für das Ziel, Frauen aus der Wohnungslosigkeit herauszuholen. Vielmehr werden Verbesserungen bei der Wohnkostenverordnung (Mindestsicherung) und Steigerung des leistbaren Wohnraums eingefordert.

Innsbrucks Bürgermeister Georg Willi (Grüne) schloss

sich gestern der SPAK-Kritik an. Es brauche nachhaltigere Lösungen als eine neue Notschlafstelle, so Willi zur TT: „Wir unterstützen deshalb das Projekt ‚Housing first‘ seit dem Jahr 2022.“ Der Initiative „lilawohnt“ wurden bereits fünf Wohnungen für wohnungslose Frauen zur Verfügung gestellt. Dabei handle es sich um mehrfach abgelehnte Wohnungen aus der Wohnungsvergabe. Bereits in der kommenden Stadtensatzsitzung sollen weitere fünf folgen.

Liste-Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider wirft der SPÖ als Partei vor, „ihre Sozialkompetenz längst der Regierungsbeteiligung geopfert“ zu haben. Das,



Soziallandesrätin Eva Pawlata (SP) hält an der Initiative fest.

Foto: Falk

was es brauche, seien „Übergangswohnungen“. Zu ebensolchen könne die Stadt jene aktuell knapp 570 Wohnungen machen, die leer stünden, obwohl die Stadt das

Vergaberecht habe. Auch FP-Chef Markus Abwerzger fordert, dass Pawlata nicht primär die Symptome, sondern die Ursachen von Problemen bekämpfen müsse. NEOS-Abgeordnete Birgit Obermüller wiederum findet es nicht tragbar, dass auch Kinder mit ihren Müttern dann in den Notunterkünften leben müssten.

Pawlata selbst verteidigte sich gestern erneut und verwies u. a. darauf, dass die Sätze in der Wohnkostenverordnung unter ihrer Führung erheblich gestiegen seien. Schützenhilfe erhielt sie von SP-Klubobfrau Elisabeth Fleischanderl: „Die Notschlafstelle ist ein wichtiger Lückenschluss.“ (mami)